Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann,
Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/7040 –**

Verstärktes Vorgehen gegen Linksextremismus zum Schutz der Demokratie

A. Problem

Die Fraktion der AfD beklagt eine zunehmende Gefährdung durch gewaltbereite linksextremistische Organisationen.

Sie fordert die Bundesregierung daher dazu auf, konsequenter gegen entsprechende Organisationen vorzugehen und dabei insbesondere Maßnahmen nach dem Vereinsgesetz zu prüfen und umzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/7040 abzulehnen.

Berlin, den 10. April 2019

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Christoph Bernstiel
Berichterstatter

Uli Grötsch
Berichterstatter

Martin Hess
Berichterstatter

Linda Teuteberg
Berichterstatterin

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Christoph Bernstiel, Uli Grötsch, Martin Hess, Linda Teuteberg, Ulla Jelpke und Dr. Irene Mihalic

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/7040** wurde in der 75. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 2019 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 30. Sitzung am 10. April 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 10. April 2019 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7040 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Begründung

Die **Fraktion der CDU/CSU** hebt hervor, es sei wichtig, gegen jede Form von Extremismus vorzugehen. Die Forderungen aus dem Antrag seien jedoch bereits weitgehend umgesetzt. So gebe es seit 2010 ein großes Präventionsprogramm zum Linksextremismus der Konrad-Adenauer-Stiftung. Auch die Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Höhenschönhausen“ leiste in diesem Bereich gute Arbeit. Zudem werde in den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern in den entsprechenden Phänomenbereichen erheblich Personal aufgestockt. Der Vorwurf der Untätigkeit sei daher zurückzuweisen.

Die **Fraktion der SPD** weist darauf hin, dass sich die SPD seit 1863 zum aktiven Kampf gegen den Faschismus bekenne. Deshalb halte die SPD den Versuch der AfD, den Scheinwerfer von der echten Gefahr im Land – dem Rechtsextremismus – wegzudrehen für durchschaubar. Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Bombendrohungen an deutschen Rathäusern, vor dem Hintergrund von „NSU 2.0“ oder vor dem Hintergrund der Verbindungen des Christchurch-Attentäters zur Identitären Bewegung sei klar, von welcher Richtung die größte Gefahr komme. Deshalb sei der Antrag der Fraktion der AfD abzulehnen.

Die **Fraktion der AfD** erkennt an, dass die Bundesregierung diverse Maßnahmen im Bereich des Extremismus unternehme, jedoch lieferten die diesbezüglichen Ergebnisse durchaus Anlass zur Sorge. Jedwede Form des Extremismus sei entschieden zu bekämpfen. Es fehle jedoch – anders als in den Bereichen Rechts oder Islamismus – ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens zur Ächtung des Linksextremismus. Vielmehr finde von Seiten der SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine kontinuierliche Relativierung des Linksextremismus gepaart mit einer stetigen Verharmlosung von Gewalt gegen Polizisten sowie der Diskreditierung der Staatsgewalt statt. Der Rechtsstaat müsse Stärke zeigen, wozu auch dieser Antrag diene.

Die **Fraktion der FDP** hebt hervor, dass Extremismus jeder Couleur abzulehnen sei. Es sei daher auch richtig und notwendig, Linksextremismus zu bekämpfen. Es gebe ein Problem mit linker Gewalt sowie mit extremistischen Strukturen und Organisationen in alternativen Milieus, was sich unter anderem in der Gewalt um den G20-Gipfel in Hamburg gezeigt habe. Jedoch sei der Antrag der AfD in seiner Argumentation sehr einseitig, weshalb man ihn ablehne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** gibt an, nicht bereit zu sein, mit der AfD über die Gefährdung der Demokratie zu diskutieren, während eben diese Fraktion im Deutschen Bundestag Personal beschäftige, das im Verdacht stehe, rechtsterroristische Strukturen unterstützt bzw. Brandanschläge in Auftrag gegeben zu haben. Damit sei jede ernsthafte Befassung obsolet.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** macht deutlich, jede Form von Gewalt abzulehnen, denn Gewalt könne nie ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Es sei jedoch scheinheilig, wenn die AfD einseitig Linksextremismus bekämpfen wolle, jedoch selbst als Fraktion im Deutschen Bundestag den Chef der Identitären Bewegung und alte NPD-Kader beschäftige. Der Antrag sei der Versuch eines Ablenkungsmanövers der AfD. Dem Einwand der AfD, dass man den Linksextremismus in Deutschland salonfähig machen würde, stehe der Umstand entgegen, dass die AfD-Fraktion den Rechtsextremismus und -terrorismus parlamentsfähig mache.

Berlin, den 10. April 2019

Christoph Bernstiel
Berichtersteller

Uli Grötsch
Berichtersteller

Martin Hess
Berichtersteller

Linda Teuteberg
Berichterstellerin

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstellerin